

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER

Nicht klagen, sondern vertrauen!

Wahrscheinlich bin ich, Jahrgang 1928, einer der noch wenigen Lebenden, die über die Bedingungen informieren können, unter denen wir in Zeiten des Zweiten Weltkrieges und in den ersten Nachkriegsjahren unterrichtet wurden. Ich will vorausschicken, dass mir nichts ferner liegt, die riesigen Schwierigkeiten des Unterrichts in Zeiten der Corona-Epidemie zu verniedlichen oder zu vergleichen, auch wenn es den Anschein haben sollte.

Als Luftwaffenhelfer 1944 konnte unter den ständigen Luftangriffen der Alliierten von regeltem Unterricht keine Rede sein. 1945 fiel der Unterricht im Reichsarbeitsdienst völlig aus, was auch für die restliche Zeit bis zum Kriegsende und bis zur Wiederaufnahme des Unterrichts im Dezember 1945 galt. Im sogenannten „Reifelehrgang“ wurde uns im Februar 1947 das „Zeugnis der Reife“ zuerkannt. Den älteren Kriegsteilnehmern wurde das „Zeugnis der Reife“ im sechsmonatigen „Reifelehrgang“ zugesprochen. Der Bildungs- und Wissensstand konnte unter jenen

Bedingungen nicht als normal gelten. Und dennoch haben die meisten meiner damaligen Mitschüler im Vertrauen auf die eigenen Fähigkeiten einen Abschluss an einer Universität erlangt.

Was hat dieser Bericht mit dem Unterricht in Zeiten der Corona-Epidemie zu tun? Werde ich jetzt das tun, was ich im Vorspann habe vermeiden wollen? Vergleichen? Nein! Aufmuntern! Nicht klagen! Aufgrund meiner Erfahrung wird der Wissens- und Bildungsverlust wegen der schwierigen Unterrichtssituation nicht dazu führen, dass der heutigen Schülerschaft der Weg in eine erfolgreiche Zukunft verbaudet wird. Er wird schwieriger werden als in normalen Zeiten. Aber nicht klagen ist gefragt, sondern vertrauen. Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten und in die unter extremen Schwierigkeiten Lehrenden und dies alles Organisierenden, besonders die Schulleiter, denen mein ganzes Wünschen gilt, die enormen Aufgaben zu bewältigen.

GÜNTER KOCH, DILLENBURG

EU überlässt den Südkaukasus Russland

Aus dem Krieg um Nagornyj Karabach und dem daran anschließenden Waffenstillstandsabkommen geht ein Akteur als klarer Sieger hervor: Putins Russland. Im F.A.Z.-Leitartikel vom 13. November kommt dieser Aspekt durchaus zum Ausdruck. Doch sollten sich alle Verantwortlichen in den Hauptstädten von Washington über Paris, Brüssel und Berlin im Klaren sein über die politischen Langzeitwirkungen der Dominanz Russlands als Vermittler bei völligem Ausschluss der in dieser Frage seit langem tätigen westlichen Mächte.

Bisher lag der dortige Friedensprozess in den Händen einer von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) eingesetzten Dreiergruppe (der sogenannten „Minsk-Gruppe“), der neben Russland auch die Vereinigten Staaten und Frankreich angehören. Sie hat in der Vergangenheit verdienstvolle Arbeit geleistet, unter anderem durch die Ausarbeitung von Grundprinzipien für eine Friedensregelung, die im November 2007 in Madrid öffentlich gemacht wurden. Bei der jetzt getroffenen Vereinbarung für einen Waffenstillstand in Nagornyj Karabach ist die Minsk-Gruppe schlicht übergangen worden. Russland handelte im Alleingang und machte sich dabei geschickt die Gunst einer Stunde zunutze, in der die Vereinigten Staaten durch die dortigen

Präsidentenwahlen außenpolitisch nur begrenzt aktionsfähig waren. Das durch die Corona-Krise geschwächte Frankreich konnte oder wollte sich allein nicht einschalten. Und die EU? Seit Vorlage ihrer politischen Strategie im Dezember 2003 tritt sie mit dem Anspruch auf, sie wolle dem Südkaukasus „ein stärkeres und aktiveres Interesse“ zuwenden. Nichts davon war in den Tagen des Krieges und des Waffenstillstandes jetzt zu erkennen.

In Brüssel beschränkte man sich auf matte Verlautbarungen, in denen „Besorgnis“ geäußert wurde, und blieb in einem selbstgewählten Abseits. Was folgt daraus für die Zukunft? Es ist der Eindruck entstanden, die EU überlasse das weitere politische Schicksal des Südkaukasus bereitwillig Russland, das sich nunmehr als Juniorpartner die Türkei an Bord geholt hat. Schon lange verfolgte man in Moskau das Ziel, die Staaten des Südkaukasus politisch möglichst von Europa fernzuhalten. Diesem Ziel ist man nun einen wichtigen Schritt näher gekommen. Für die Region dürfte diese Entwicklung kaum größere Stabilität mit sich bringen. Vor allem Georgien, das einen konsequenten Kurs auf Annäherung an den Westen eingeschlagen hat, könnte dies bereits in nächster Zeit zu spüren bekommen.

DR. DIETER BODEN, POTSDAM

Keine Unterstützung für Armenien

Zum Leitartikel „Putins Paraderolle“ von Friedrich Schmidt (F.A.Z. vom 13. November): Der differenzierten Analyse Ihres Moskauer Korrespondenten kann nur voll zugestimmt werden. Ergänzt sei, dass auch die Bundesregierung es vorgezogen hat, sich in diesem Konflikt nicht zu positionieren. Warnungen vor einer drohenden humanitären Katastrophe, vor ethnischen Säuberungen und Vertreibungen sowie vor der Zerstörung einer uralten christlichen Kultur durch islamisch-türkische Nachbarn waren jedenfalls aus Berlin

nicht zu vernehmen. Nicht einmal die – von Bundestag anerkannte – „unrühmliche Rolle des Deutschen Reiches“ bei der Vernichtung der Armenier in Anatolien am Ende des 1. Weltkrieges hat die Bundesregierung an die historische Verantwortung Deutschlands erinnert. Das leidgeprüfte armenische Volk auf seinem beschwerlichen Weg zu Souveränität und Demokratie hätte deutlich mehr deutsche Unterstützung und Solidarität verdient.

HANS-CHRISTOPH POCHA, BOTTRUP

Das kleine Glück abseits der bösen Welt

Die wohl im Zustand mangelnder Nüchternheit verfassten Jubelarien in den Leserbriefen der F.A.Z. vom 10. November über den Wahlsieg von Joe Biden („große Dankbarkeit“, „Geschenk Gottes“, „Tränen vor Glück“, „Böswicht zur Strecke gebracht“) sollten Anlass geben, eine große Portion Wasser in den hier aufgetrischten Wein zu schütten: Glaube doch niemand, dass ein neuer amerikanischer Präsident, nur weil er freundlich lächelt und über bessere Umgangsformen als sein grobianischer Vorgänger verfügt, darüber die Interessen seines Landes vernachlässigt!

Biden (und eventuell auch eine Nachfolgerin Kamala Harris) werden genauso hart und unerbittlich – und zwar überall auf der Welt – die ökonomischen und politischen Ansprüche sowie die geostrategischen Machtinteressen

der Vereinigten Staaten vertreten, wie es Trump und vor ihm Obama und dessen Vorgänger getan haben. Und Biden wird sich keineswegs scheuen, jeder deutschen Regierung genau dann, wenn er es für notwendig hält (höherer deutscher Verteidigungsbeitrag; Nord Stream 2 und so weiter), kräftig und schmerzhaft auf die Füße zu treten. Der Typus des geradezu beispiellos naiven deutschen Träumers, der lieber keine Ahnung von den Macht- und Interessenengagements sowie den Funktionsweisen heutiger Weltpolitik haben möchte, sondern meint, sein kleines Glück im Winkel abseits der bösen Welt genießen zu können, gehört leider noch immer nicht der Vergangenheit an.

PROFESSOR DR. HANS-CHRISTOPH KRAUS, PASSAU

Selbstzensur

Christian Meiers Kommentar „Ein neuer Kulturkampf?“ zum Umgang mit dem Islam (F.A.Z. vom 11. November) ist in weiten Teilen zuzustimmen. Wenn er allerdings am Schluss formuliert, „Karikaturen kann man abdrucken – oder es lassen. Gegen Karikaturen kann man protestieren – oder es lassen. Etwas mehr Einfühlungsvermögen und Bewusstsein für eine verantwortliche Freiheitsausübung auf allen Seiten wären nicht das Schlechteste“, dann wird das schnell zu einem Aufruf zur Selbstzensur, der Opfer zu Tätern macht. Derartige Überlegungen kämen erst dann in Frage, wenn vom Gegenüber mit einer zivilisierten Reaktion zu rechnen wäre.

JOBST ECHTERLING, LÜBECK

Gemeinsam essen

Zu „Gemeinsames Essen ist das zentrale Ereignis“ (F.A.Z. vom 12. November): Dass beim Lyoner Aufenthalt von Bill Buford Familie die Kinder mit zu Tisch saßen und auch von ihren Freunden zum Essen eingeladen wurden und dass das zum zentralen Ereignis in deren Alltagsleben wurde, müsste in den deutschen Singlehaushalten eigentlich wehmütige Sehnsucht hervorrufen. Hierzulande besteht, je nach Gegend, oft jeder zweite Haushalt aus nur einer Person, traurig, aber wahr. Woher das wohl kommt? Ich weiß nicht, ob es wirklich arbeitstäglich praktiziert wird, aber es gibt Firmen, in denen das gemeinsame quasifamiliäre Essen eine schöne Gewohnheit ist.

UWE-JENS HAS, BERLIN

POLITISCHE BÜCHER

Demokratie als Lebensweise

Autobiographische Reflexionen der ersten amerikanischen Außenministerin

Was für ein Lebensweg. Ein in der Tschechoslowakei vor dem Weltkrieg geborenes Flüchtlingskind findet 1948 Zuflucht in den Vereinigten Staaten, zunächst auf Long Island, dann in Denver, studiert, gründet eine Familie, zieht drei Kinder groß und wird während der Präsidentschaft des Demokraten Bill Clinton zunächst Botschafterin bei den Vereinten Nationen und 1997 erste Außenministerin der Vereinigten Staaten. Nicht genug damit, gründet Madeleine Albright nach dem Regierungswechsel 2001 die Beratungsfirma „Albright Group“, später „Albright Stonebridge Group“, lehrt weiter an der Georgetown Universität, übernimmt den Vorsitz des „Board of Directors“ des „National Democratic Institute“ (NDI) und schreibt im „dritten Akt“ ihres Lebens mehrere Bücher.

In ihrer nun vorgelegten, höchst lesenswerten Autobiographie entfaltet sie ihre Lebensgeschichte, klug und persönlich, und taucht dabei immer wieder in die Politik der Vereinigten Staaten zu Beginn des 21. Jahrhunderts ein. Ihren Abschied aus dem Amt der Außenministerin schildert sie mit hinreißender Selbstironie. Eingeladen zu einem Essen mit Condoleezza Rice, der ersten Nationalen Sicherheitsberaterin von Clintons Nachfolger im Weißen Haus, dem Republikaner George W. Bush, stürzt sie vor ihrem Haus und muss ins Krankenhaus. Dort kann sie sich in der Aufnahme nicht ausweisen und versucht dies zu heilen, indem sie darauf verweist, dass sie doch Außenministerin war. Die Krankenschwester in der Notaufnahme beeindruckt das nicht. Außenminister sei doch Colin Powell. Albright pflichtet ihr bei, nur um dann hinzuzufügen, dass sie vorher diesen „Job“ gehabt habe. Die Krankenschwester fasst das vollkommen ungehört zusammen: „Das heißt also, Sie sind arbeitslos.“

„Arbeitslos“ ist Madeleine Albright freilich nicht. Im Gegenteil: Im Bewusstsein der Fragilität von Demokratien hebt sie, nun als Vorsitzende des NDI, bei jeder Gelegenheit die Verdienste freiheitlicher politischer Systeme hervor. In diesem Zusammenhang bekundet sie auch freimütig ihre Ansicht, dass „sich die Demokratie durch militärische Mittel nicht wirksam fördern lässt“, eine Absage an Präsident George W. Bushs missionarischen Eifer nach dem 11. September 2001, der es sich auf die Fahnen geschrieben hatte, den Nahen und Mittleren Osten durch Waffengewalt zu „demokratisieren“. Albright versteht sich als Brückenbauerin, die statt scharfer parteipolitischer Abgrenzung auf Zusammenarbeit setzt. Zu John McCain, dem inzwischen verstorbenen republikanischen und von ihr hochgeschätzten Senator aus Arizona, pflegt sie ein enges Verhältnis und sieht ihn als „Partner im Kampf für die Demokratie“. Auch mit Sam Brownback, dem früheren konservativen republikanischen Senator aus Kansas, arbeitet sie im Rahmen der internationalen Armutsbekämpfung wie selbstverständlich zusammen, weil dies moralisch richtig ist.



Auf der Weltbühne: Madeleine Albright mit Kim Jong-il im Oktober 2000

Foto AFP

Brownback spricht sich gegen die gleichgeschlechtliche Ehe aus und ist auch in vielen anderen Punkten ganz anderer politischer Auffassung als Albright. Dass „er aus religiösen Gründen den humanen Umgang mit Immigranten“ befürwortet, ist der früheren Außenministerin Grund genug, um dennoch mit ihm zusammenzuarbeiten. Vielleicht liegt dieses Selbstverständnis, die moralische Autorität der Vereinigten Staaten über parteipolitische oder gar nationalistische Interessen zu stellen, in Albrights Biographie begründet. Sie wurde katholisch erzogen, und das Beten war für sie „etwas ganz Natürliches in ihrer Kindheit“. Später, zu der Zeit als sie Außenministerin wurde, sollte sie erfahren, dass sie aus einer jüdischen Familie stammt

und mehr als zwei Dutzend ihrer Verwandten, darunter drei Großeltern, in den Vernichtungslagern der Nazis ermordet worden waren.

„In jenen vom Krieg verwüsteten Jahren bin ich zu dem geworden, was ich heute bin“, schreibt Albright. Dabei wird sie auch dadurch angetrieben, dass sie eine Frau ist, wie sie schreibt. Patriarchalische Strukturen und Systeme nimmt sie früh wahr und fügt ihrem Buch den Untertitel „Die Hölle und andere Reiseziele“ bei. Gemeint ist damit der Satz: „Die Hölle hält ein Plätzchen für Frauen bereit, die anderen Frauen nicht helfen.“

Lange Zeit war für amerikanische Frauen eine Karriere in der Außenpolitik völlig unvorstellbar, und das Ministerium stellte „nur alleinstehende Frauen ein, die

prompt gefeuert wurden, wenn sie heirateten“, erinnert sich Albright, und es ist zu erahnen, wie viel Durchsetzungsfähigkeit und Frustrationstoleranz die erste Außenministerin der Vereinigten Staaten an den Tag legen musste, bevor sie als Chefin in die siebte Etage des „Foggy Bottom“ einziehen konnte. Die Präsidenten George W. Bush, Barack Obama und Donald Trump ordnet Albright nicht ganz überraschend unterschiedlich ein. Bush und seinem Team wirft sie vor, dass sie „ihren ersten Krieg, den in Afghanistan, (hätten) zu Ende führen sollen, bevor sie sich den zweiten gegen den Irak aufluden“. Das hatte sicher auch mit dem Bush-Team an sich zu tun. Hätte der 43. Präsident seine Außenpolitik stärker am Primat der Diplomatie ausgerichtet wollen, so hätte er nicht an Vizepräsident Dick Cheney festgehalten. Bush habe „keinen besonders scharfen strategischen Verstand“ an den Tag gelegt und sei schlussendlich „Opfer seiner Instinkte und Berater“ geworden. Bushs Nachfolger im Weißen Haus, Barack Obama, sieht Albright da schon ganz anders. Obama ist für Albright „ein vorbildlicher Präsident“ gewesen, dem das Land viel verdankt. Im Wahlkampf 2008 hatte sie eigentlich Hillary Clinton unterstützt. Die spätere Außenministerin ist für Albright „ein Arbeitsgaul und kein Turnierpferd“, und Clintons Niederlage in der Präsidentenwahl 2016 gegen Donald Trump war für Albright ein Schock. Mit dem 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten verbindet Albright eine ausdrückliche Warnung, da er sich in die Reihe heutiger autokratischer Führer wie Putin, Erdogan oder Kim Jong-un einfügt. Für Albright ist eine politische und gesellschaftliche Erneuerung der amerikanischen Demokratie nach innen und außen dringend geboten. Erste Zeichen dafür erkennt sie in den Zwischenwahlen zum Kongress 2018, als „neben zwei demokratischen Sozialisten eine größere Anzahl von Frauen und Farbigen als jemals zuvor in der Geschichte dieses Parlaments sowie etwa zwei Dutzend ehemalige Angehörige der Streitkräfte und der CIA“ gewählt wurden. Die Vereinigten Staaten können aus ihrer derzeitigen Krise nur herausfinden, wenn Schluss gemacht wird, so Albright, mit der innenpolitischen „Selbstblockade“, denn eines ist für sie klar: „Niemand, auch nicht der Präsident, steht über dem Gesetz“, und sie fügt hinzu: „Beide Parteien haben reichlich Grund, diese Prinzipien hochzuhalten.“ Es wird ihr ein Trost sein, dass der amerikanische Demos das in den Präsidenten- und Kongresswahlen 2020 genauso gesehen hat. JÜRGEN WILZEWSKI



Madeleine Albright: Die Hölle und andere Reiseziele. Eine Autobiografie im 21. Jahrhundert. Dumont Verlag, Köln 2020. 496 S., 25,- €.

Angst vor Umklammerung

Die DDR-Führung und die Reformbewegung in Polen zu Beginn der achtziger Jahre

Die Formierung der polnischen Gewerkschaftsbewegung Solidarność und deren Zulassung durch das Oberste Gericht in Warschau im zweiten Halbjahr 1980 wurden von der SED-Führung als äußerst gefährlich angesehen. Denn zum einen konnte der „polnische Bazillus“ auf die DDR überspringen, und zum anderen befürchtete Honecker die doppelte Herausforderung durch die Bundesrepublik im Westen und durch ein liberalisiertes Polen im Osten. Kein Wunder, dass er am nachdrücklichsten im Ostblock auf eine möglichst rasche Wiederherstellung des Status quo in Polen drängte – am besten durch eine „interne“ Lösung, aber wenn nötig auch durch eine militärische Intervention des Warschauer Pakts. Doch Moskau, dessen wirtschaftliche und militärische Kräfte kaum ausreichten, das überdehnte Imperium zu halten, wollte es nicht wieder, wie 1968 beim Prager Frühling, zum Äußersten kommen lassen. Militärmanöver bauten zwar eine Drohkulisse auf, Breschnew gab aber nicht den Befehl zum Einmarsch, sondern setzte auf die Ausrufung des Kriegsrechts durch eine neue polnische Führung. Das geschah am 13. Dezember 1981 unter General Jaruzelski. Dessen wiederholte Aufforderungen an Moskau, ihm dabei Hilfe zuzusagen, waren von dort zurückgewiesen worden. Da sich die Polen jedoch nicht wideretzten, beruhigte sich die Lage wieder, so dass die sowjetische und die ostdeutsche Führung aufatmen konnten.

Seit Öffnung der ostdeutschen und russischen Archive in den 1990er Jahren ist das alles bekannt. Insbesondere die Haltung der DDR-Führung gegenüber der Solidarność und der polnischen Politik ist schon des Öfteren behandelt worden. Dennoch hat Filip Gańczak sich des Themas ein weiteres Mal angenommen. Er konzentriert sich in seiner Dissertation

auf die Entscheidungen der SED-Führung und kombiniert dabei einen politikwissenschaftlichen Ansatz mit einer äußerst gründlichen Auswertung ostdeutscher und polnischer Quellen.

Er legt keine grundlegend neue Deutung der Ereignisse vor, sondern bestätigt fast durchgehend die bisherigen Erkenntnisse. Das gilt etwa für die Furcht vor Umklammerung von Westdeutschland und Polen bei einem Erfolg der Solidarność, die nicht nur bei Honecker nachgewiesen werden kann. Sehr viel ausführlicher als bisher werden auch die Gegenmaßnahmen der DDR zur Abschirmung der eigenen Bevölkerung geschildert sowie die unter sowjetischem Zwang gewährten ostdeutschen Wirtschaftshilfen für das notleidende Polen. Außerdem setzt Gańczak einige neue Akzente, indem er etwa darauf verweist, dass Erich Mielke, anders als Honecker, einen Einmarsch ostdeutscher Truppen im östlichen Nachbarland nicht befürwortet habe, da sich die Polen an 1939 erinnern und Widerstand leisten würden. Mit Hilfe zahlreicher Archivalien kann der Autor überdies sehr viel genauer nachzeichnen, wie die ostdeutsche Führung die Stimmung in der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP), in der Armee und in der polnischen Bevölkerung wahrnahm. Ebenfalls neu ist, dass Honecker als Ersatz für den zu nachgiebigen Parteichef Stanislaw Kania nicht dessen Nachfolger Wojciech Jaruzelski, sondern einen Dogmatiker wie Stefan Olszowski im Auge hatte.

Etwas zu kurz kommt hingegen die Stimmung der Bevölkerung in der DDR. So trifft es zwar zu, dass die Streiks unter den Ostdeutschen zunächst auf Zustimmung und teilweise sogar auf Nachahmung stießen. Auf die Dauer, insbesondere ab der Generalstreikdrohung im Frühjahr 1981, mehrten sich in der DDR jedoch die Stimmen, die weitere Arbeitsun-

ruhen angesichts der wirtschaftlich katastrophalen Situation in Polen für unverantwortlich hielten. Zu dieser Stimmung mag die staatliche Propaganda beigetragen haben; sie war aber auch auf antipolnische Ressentiments in der Bevölkerung zurückzuführen. Die DDR-Führung konnte sich also mit ihrer Politik durchaus im Einklang mit der Bevölkerung fühlen.

Nicht ganz überzeugend ist Gańczaks Vorgehen, die Entscheidungen zur Herbeiführung einer militärischen Intervention und zum Drängen auf Ausrufung des Kriegsrechts separat zu behandeln. Denn beides waren Optionen, die sich, wie er selbst schreibt, nicht ausschlossen, sondern ergänzten. Während aus sowjetischer Sicht ein kollektives militärisches Eingreifen in Polen nicht in Frage kam, war Honecker durchaus dazu bereit. Das wird zum einen an seiner Initiative für das Treffen der sechs Parteiführer der Warschauer-Pakt-Staaten Anfang Dezember 1980 in Moskau deutlich, womit er einen Konsultationsmechanismus auslösen wollte, der, ähnlich wie 1968, als Ultima Ratio eine Militärintervention ins Auge fassen sollte. Zum anderen hingen damit, wie Gańczak ebenfalls darlegt, die äußerst intensiven militärischen Vorbereitungen der NVA für „gemeinsame Ausbildungsmaßnahmen“ der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und der DDR in den Jahren 1980/81 zusammen. Es kann daher keine Rede davon sein, dass Ost-Berlin einen Strategiewechsel vornahm, als nach dem Moskauer Gipfel klageworden war, dass es vorerst nicht zu einer Militärintervention kommen würde. Für diesen Fall hielt sich die DDR-Führung nach wie vor bereit, auch wenn nun die Verhandlung des Kriegsrechts in den Vordergrund rückte.

Zuzustimmen ist Gańczak, wenn er in diesem Zusammenhang – im Einklang

mit der bisherigen Forschung – den eingeschränkten Handlungsspielraum der DDR betont. So führten etwa die Initiativen Ost-Berlins zur Durchführung weiterer Konsultationen nach 1980 nicht zum Ziel; das Gleiche galt für die zahlreichen bilateralen Bemühungen, über Kontakte mit den Hardlinern in der PVAP deren Führung zu einem entschiedeneren Vorgehen gegen die Solidarność zu bewegen. Da die sowjetische Führung alles vermeiden wollte, was wie 1968 aussah, blieb es bei dem Treffen vom Dezember 1980. Und beim Wechsel von Kania zu Jaruzelski warf die sowjetische Führung zwar ihr Gewicht zugunsten des Letzteren in die Waage, gab Ost-Berlin aber auch zu verstehen, dass sie nicht in der Lage sei, „einfach so einen neuen Ersten Sekretär einsetzen“ zu können. Letztlich hatte auch bei der Ausrufung des Kriegsrechts die sowjetische Führung größeren Einfluss auf Warschau als die ostdeutsche. Insgesamt hatte sich jedoch das Gewicht der DDR im Warschauer Pakt vergrößert: Denn anders als 1968, als Moskau stets die Initiative zu allen Treffen der Antireformkoalition ergriffen hatte, war es nun die DDR, die auf solche Zusammenkünfte drängte. Darin zeigte sich bereits der Niedergang der sowjetischen Weltmacht, die 1980/81, vom Westen unbemerkt, in Polen die Breschnew-Doktrin still und heimlich beerdigte.

HERMANN WENTKER



Filip Gańczak: „Polen geben wir nicht preis“. Der Kampf der DDR-Führung gegen die Solidarność 1980/81. Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn 2020. 380 S., 78,- €.